Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. und Königsplatz 7,
nur bis ½5 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 55. Montag den 24. Februar 1890. 84. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Von heute ab beträgt bei der Reichsbank der Discont 4 Procent, der Lombardzinsfuß für Darlehne gegen ausschließliche Verpfändung von Schuldverschreibungen des Reiches oder eines deutschen Staates 4½ Procent, gegen Verpfändung sonstiger Effecten und Waaren 5 Procent.

Berlin, den 22. Februar 1890.

Reichsbank-Directorium.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Die durch Bekanntmachung vom 7. December 1884 getroffene Anordnung, daß die hier bestehenden Grubenräumungs- und Abfuhrinstitute ihre **Rechnungen über die Kosten der Grubenräumungen** vor deren Hinausgabe an die Hausbesitzer zunächst dem städtischen Aufseher für das Düngerexpert behufs Prüfung und Abstempelung vorgelegt werden müssen, ist in letzter Zeit mehrfach nicht befolgt worden.

Jene Anordnung wird deshalb hiermit wiederholt, zugleich werden die Hausbesitzer in Alt-Leipzig, sowie in Reudnitz und Anger-Crottendorf (in welchen Stadttheilen das in Alt-Leipzig geltende Dünger-Export-Regulativ eingeführt ist) darauf aufmerksam gemacht, daß sie, falls ihnen etwa unabgestempelte Abfuhrkostenrechnungen zugehen, zunächst deren Abstempelung zu verlangen berechtigt sind.

Leipzig, den 22. Februar 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Ia. 1281. Dr. Georgi. Dr. Krippendorff.

Bekanntmachung.

Zum Behuf der gegen Ende jedes akademischen Halbjahres zu haltenden Revision der Universitäts-Bibliothek werden die Herren Studirenden, welche Bücher aus derselben entliehen haben, aufgefordert, diese

am 27. Februar, 1. und 3. März

gegen Zurückgabe der Empfangsbescheinigungen abzuliefern.

Die Abtheilung wird in der Weise zu geschehen haben, daß diejenigen, deren Namen mit einem der Buchstaben A—H anfangen, am 27. Februar, die, deren Namen mit einem der Buchstaben J—R beginnen, am 1. März, und die Uebrigen am 3. März (früh zwischen 10—1 Uhr) abliefern.

Alle übrigen Entleiher **werden aufgefordert, die an sie verliehenen Bücher**

am 10., 11. und 12. März

(während der gewöhnlichen Oeffnungsstunden) zurückzugeben.

Während der Revisionszeit (27. Februar bis 14. März incl.) können Bücher nicht ausgeliehen werden. Ebenso muß während derselben das Lesezimmer geschlossen bleiben.

Leipzig, am 22. Februar 1890.

Die Direction der Universitäts-Bibliothek.
Dr. Krehl.

Oeffentliche Handelslehranstalt.

Die Anmeldung von **Handlungslehrlingen**, welche kommende Ostern in die Früh- oder Nachmittagscurse der **Lehrlingsabtheilung** eintreten sollen, erbittet sich der Unterzeichnete in der Zeit **vom 10. bis mit 15. März, Vormittags von 11 bis 12½ Uhr**, womöglich unter persönlicher Vorstellung der Anzumeldenden durch ihre Herren Principale. Das letzte Schulzeugniß oder die Censurliste des Schülers ist bei dieser Gelegenheit vorzulegen.

Während der gedachten Zeit werden auch Anmeldungen für den **einjährigen fachwissenschaftlichen Cursus** entgegengenommen, an welchen sich **Handlungslehrlinge** betheiligen können, die im Besitze des Zeugnisses für die wissenschaftliche Befähigung zum Einjährig-Freiwilligendienste sind. Unterricht 10 Stunden wöchentlich. Schulgeld 90 ℳ

Leipzig, im Februar 1890.

Carl Wolfrum, Director.

In der Nacht vom 20. zum 21. d. Mts. sind aus einem Hause zu **Grabow i. Mecklb.** die unten verzeichneten Uhren gestohlen worden. Ich ersuche ergebenst um Sistirung nach dem Verbrecher derselben und eventuell um telegraphische Benachrichtigung an mich.
(J. 172/90):

1 silberne gall. Anker-Uhr Nr. 164670,
2 goldene Ancreuhren Nr. 23565, 113134,
32 silberne Cylinderuhren Nr. 56327, 37417, 38090, 9235, 82417, 81677, 245, 60749, 58174, 58388, 257, 8, 6826, 19053, 18725, 70575, 41979, 190387, 33644, 7786, 7735, 7739, 62976, 84088, 84993, 94994, 214982, 8572, 36806, 36808, 36166, 36168.

Schwerin i. M., den 21. Februar 1890.

Der Erste Staatsanwalt.
Hillenia. K. Wecht.

Zu den Reichstagswahlen.

* Die „Nationalliberale Correspondenz" schreibt zu dem Ausfalle der Reichstagswahlen:

Die Wahlergebnisse liegen jetzt fast vollständig vor. Die nationalliberale Partei hat bereits im ersten Wahlgang die folgenden Abgeordneten durchgebracht: 1) v. Bendo, 2) v. Hollitt, 3) v. Cuny, 4) Blüttler, 5) Bürklin, 6) Beumings, 7) Abt, 8) Buhl, 9) Miquel, 10) Lermann, 11) v. Marquardsen, 12) Hofmann, 13) Petri, wozu noch als nahestehender „Wilder" 14. Rösicke gerechnet werden kann. — Die Nationalliberalen stehen in Stichwahl in folgenden Wahlkreisen: 1) mit den **Socialdemokraten** in Halle a. S., Nenenburg, Flensburg, Diethmarschen, Pinneberg, Hannover, Hameln, Harburg, Stade, Gerstenstadt, Dortmund, Frankfurt a. M., Bünckes I. Leipzig, Stuttgart, Mannheim, Darmstadt, Offenbach, Schwerin, Braunschweig, Sondershausen, Lübeck, Bremen (24). 2) Mit den **Deutschfreisinnigen** in Danzig, Waldenburg, Löwenberg, Sangerhausen, Tondern, Aurich, Jerichow, Wesslar, Hof, Bayreuth, Zittau, Löwe, Annaberg, Karlsruhe, Friedberg, Bensheim, Weimar, Eisenach, Jena, Oldenburg, Wolfenbüttel, Coburg, Bernburg, Waldeck (24). 3) Mit den **Demokraten** in Rosbach, Carlsruhe, Böblingen, Eßlingen, Balingen, Emmend. Crailsheim, Ulm, Pforzheim (9). 4) Mit den **Polen** in Graudenz (1). — 5) Mit dem **Centrum** in Bochum, Hamm, Duisburg, Spreter, Centum, Büreth, Kreuzburg i. Ob., Lahr, Kröl. Crossen (10). 6) Mit den **Freiconservativen** in Halberstadt (1). 7) Mit den **Conservativen** in Dinkelsbühl, Hofkreis (2). 8) Mit den **Welfen** in Osnabrück, Melle, Hildesheim, Einbeck, Göttingen, Gifhorn, Verden (7). Zusammen **77 Stichwahlen**, an denen Nationalliberale betheiligt sind. **Endgiltig verloren** hat die nationalliberale Partei: **Königsberg, Thorn, Magdeburg, Zimmenthal, Tübeln, Leipzig Land, Merseburg, Lüneburg, Glauchau, Zwickau, Schneeberg, Meißen, Gera, Arnstadt, Sondershausen, Meiningen, Geyer, Zittau, Hamburg III**, zusammen 19. — **Definitive Mandate** aus bisher nationalliberal vertretenen Wahlkreisen fehlen uns noch aus Wersig, Lüneburg, Rinteln, Rothenburg a. T.

Freude an dem Ausfall der Wahlen kann keine Partei haben außer den Socialdemokraten, die einen bedeutenden thatsächlichen Gewinn einstreichen, und dem Centrum, dessen Führer an der Spitze der gesammten Opposition wieder eine beherrschende Stellung erlangt wie in den Jahren von 1881 und 1887. Nun wird man ja erleben, was die deutsche Freiheit dabei gewonnen hat, daß die nationalliberal-conservative Mehrheit zertrümmert ist. Die „reactionairsten" Maßregeln, namentlich auf wirthschaftlichem Gebiet, über welche in der Wahlbewegung von oppositioneller Seite am meisten Geschrei erhoben wurde, sind alle damals entstanden, als Herr Windthorst die Herrschaft im Reichstag hatte. Wir wollen abwarten, was die neue Reichstagsmehrheit zu schaffen vermag. Ihre nächste Probe wird sie wohl bei der Socialistenfrage abzulegen haben. Was die Herren Windthorst, Richter und Bebel hier wohl zu bieten haben werden? Wir haben eine Empfindung, als ob die fünfjährige Wahlperiode diesmal noch nicht in praktische Wirksamkeit treten werde. Die Deutschfreisinnigen haben wenig Ursache zu jubeln, wenn sie nicht in dem Kampfe der Socialdemokratie und in der mächtig verstärkten Stellung des Herrn Windthorst einen Triumph für ihre Partei erblicken. Sie haben bis jetzt 14 Mandate sicher und mögen durch die Stichwahlen auf einige vierzig kommen. Ein Gewinn von einem Dutzend Mandaten für eine heilpillose Unterwürfigkeit vor Ultramontanen und Socialdemokraten!

Ueber die Haltung bei den Stichwahlen geben die deutschfreisinnigen Blätter meist noch ausweichende oder gar keine Auskunft. Nur wo ihre Partei, wie in Kiel und Königsberg, ohne die Hilfe der Cartelparteien der Niederlage gegenüber den Socialdemokraten sicher ist, stellen sie sich entschieden auf den Boden der gemeinsamen Interessen der bürgerlichen Parteien. Das könnte den Deutschfreisinnigen allerdings passen, daß Ihnen die Cartelparteien überall den Kastanien aus dem Feuer holfen, um dafür in anderen Wahlkreisen im Kampf gegen die Socialdemokraten im Stich gelassen zu werden! Aber ohne Gegenseitigkeit keine Unterstützung. Die Nationalliberalen und die anderen Cartelparteien haben nicht mehr auf dem Spiel stehen, als Deutschfreisinnige und Centrum. Die „Germania", das Berliner Jesuiten-Organ, schreibt sehr hochmüthig, wie es ja bei dem Blatt des künftigen Parlamentspräsidenten nicht zu verwundern ist: „Ruhige und gewissenhafte Erwägung führt dazu, außer vielleicht (wir sagen auch hinzuch vielleicht) im Falle, wo die Nationalliberalen für unsere Unterstützung in je einem Wahlkreise und die übrige in einem anderen versprechen, diese „Bitte" um Unterstützung abzulehnen. Nur Conservative, die am Cartelzoch schwer tragen, und treue Liberale dürfen wir aus sachlichen Gründen bei den Stichwahlen unterstützen." Nun, das Centrum steht in Stichwahl mit den Socialdemokraten u. A. in Neuwied, Bielefeld, Köln, Düsseldorf, Würzburg, Mainz, und ist ohne Cartelhilfe in diesen Wahlkreisen unrettbar verloren. Wir haben vom Centrum im Kampf gegen die Socialdemokratie fast nichts zu hoffen. Aber aufdrängen wollen wir den Herren unsere Hilfe auch nicht, namentlich wenn ein so anmaßender Ton angeschlagen wird.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" äußert sich nunmehr über den Ausfall der Reichstagswahlen. Das „Kanzlerblatt" schreibt:

Wollten man die bisher über die Wahlergebnisse vorliegenden Auslassungen der Blätter, so drängt sich zunächst ein ziemlich verlautes Jubelgeschrei der Freisinnspresse heraus. Angesichts des Umstandes, daß bisher nur 12 Deutschfreisinnige als definitiv gewählt gemeldet sind, und nicht nur in Berlin, sondern auch an anderen Orten der „allergeschlossenen" Mandatsbesitz erst noch in Stichwahlen vertheidigt werden soll, hat dieser Jubel eine marktschreierische Klangfarbe, wozu denn auch recht gut paßt, daß mitten in ihn hinein, in eifrigen Freisinnsorganen noch verbesserte Organisation der Partei, um sie für künftige Wahlen actionsfähiger zu machen, gerufen wird.

Jedenfalls aber ist dieser Jubel verfrüht, denn das wirkliche Endresultat, d. h. die Zusammensetzung des künftigen Reichstages läßt sich auch noch nicht annähernd beurtheilen, werden doch über etwa ein Drittel der Mandate erst durch Stichwahlen entschieden werden. Angesehen aber auch hiervon, so wird das Gesammtresultat kaum viel anders ausfallen, als dasjenige von 1884; darüber zu jubeln, hätte der Freisinn kaum Anlaß. Denn obwohl in dem 1884 gewählten Reichstage die „berühmte" gewordene Majorität Richter-Windthorst-Grillenberger bestand, hat derselbe mancherlei recht nützliche Dinge geschaffen, die gerade dem Freisinn gegen den Strich gingen.

Es war das die Folge des Umstandes, daß der Freisinn sich zu den wirthschaftlichen und socialreformatorischen Bedürfnissen der Nation ablehnend verhielt, die Politik der verbündeten Regierungen demselben jedoch gerecht wurde, so daß der Reichstag trotz oppositioneller Mehrheit den thatsächlichen Umständen Gehör schenken mußte.

Geht man indessen den Ursachen des Jubelgeschreies in der Freisinnspresse auf den Grund, so sind es nicht die Erfolge der eigenen Partei, sondern diejenigen der Socialdemokraten, denen der Jubel gilt! — Ob letztere Erfolge dem Deutschfreisinn zum Vortheil gereichen werden? So lange dieses zweifelhaft bleibt, muß man annehmen, jener Jubel solle nur den Aerger über den eigenen, die gehegten Erwartungen täuschenden Mißerfolg überdecken. Selbst wenn man jedoch dieser Absicht Rechnung tragen wollte, muß man doch bezweifeln, ob der politische Anstand dabei zu seinem Rechte gelangt, wenn nach Hinnahme aller der Anrüchte, mit denen die Socialdemokraten dem Freisinn in den letzten Monaten und Wochen gedient haben, die Freisinnspresse den Erfolgen dieser Partei so lebhaft applaudirt.

Wenn indessen die Preßorgane anderer Richtungen die Neigung bezeigen, den Kopf über die Wahlergebnisse hängen zu lassen, so ist vor der Hand ein zwingender Grund dazu noch kaum vorhanden. Erstens kennt man diese Ergebnisse bisher nur im Spiegel der ersten Eindrücke, und dieser Spiegel ist durch den Hauch der freisinnigen Jubilanten stark getrübt; zweitens aber werden in Wirklichkeit erst die Stichwahlen über die Gesammtnatur des Ergebnisses entscheiden. Diesen Stichwahlen sollte man also alle Aufmerksamkeit und Kraft zuwenden, bei einiger Kraftanstrengung wird gerade angesichts der Erfolge der Socialdemokratie noch Mancherlei an dem Gesammtergebnisse zu verbessern sein. Aber auch ganz hiervon abgesehen, beim allgemeinen, gleichen, directen und geheimen Wahlrecht werden die Stimmen nur gezählt, nicht gewogen; aber die Gewählten werden gewogen. Was aber haben Freisinn und Socialdemokratie an praktischen Leistungen für das Wohl des Volkes aufzuweisen? Was werden sie in dieser Richtung im jetzt gewählten Reichstage leisten? Nun darnach wird in Zukunft der Wähler urtheilen; mit den schönen Versprechungen, denen jetzt ein Theil derselben das Ohr geliehen, wird's dann nicht gethan sein.

Einen wahrhaft frenetischen Siegesjubel stimmt die deutschfreisinnige Presse an, obwohl sie im Grunde genommen wenig Veranlassung dazu hat. So schreibt die „Vossische Zeitung", das Berliner „Bourgois"-Blatt unter den Fortschrittsblättern:

Wir haben vor den Wahlen wiederholt die nationalliberale Partei auf die Unrichtigkeit ihres Bündnisses mit der Rechten aufmerksam gemacht; wir haben beklagt, daß sie sich zu Handlungen derjenigen Partei gemacht hat, welche im schroffsten Gegensatze zu den liberalen Forderungen steht, zu jenen Forderungen, welche überall die Grundlage des Liberalismus bilden. Wir haben vor der Bewirtung gewarnt, Männer der deutschconservativen Partei gegen Candidaten zu unterstützen, welche einst mit Herrn von Bennigsen in derselben Fraction gesessen haben. Man hat nicht hören wollen, und man muß fühlen. Man hat den Freisinn als die „Bestsucht der Socialdemokratie" gebrandmarkt, man hat ihr Vaterlandsliebe und Gemeinsinn abgesprochen, man hat das Cartel als den Gipfel aller politischen Weisheit gefeiert, und man hat sich glücklich zwischen zwei Stühle gesetzt.

Die nationalliberale Partei war hochmüthig geworden, und Hochmuth kommt vor dem Fall. Noch heute wagt dasselbe nationalliberale Blatt, welches jetzt die freisinnige Hilfe nicht verschmäht, zu behaupten, der Zug nach links sei nicht dem Freisinn, sondern nur der Socialdemokratie zu Gute gekommen. Und doch sind bereits 18 freisinnige Candidaten gewählt, 53 in Stichwahlen, die großentheils sehr aussichtsvoll sind. Schon jetzt sind acht neue Sitze gewonnen. Ist diese Thatsache nicht beredt genug? Und ist es nicht außerdem bezeichnend, daß unter den Cartelparteien gerade die nationalliberale die schwersten Verluste erlitten hat?

Das rasige Anwachsen der Socialdemokratie ist nicht von der freisinnigen Partei verschuldet worden. Sie steht in einer großen Anzahl von Wahlkreisen vielmehr im Kampfe gegen die Socialdemokratie. Das Cartel ist die echte Vorfrucht der Socialdemokratie gewesen, die Bertheuerungspolitik, die Interessenpolitik, die Verketzerung der Besten, die Entrüstungsstürme in den 90 Tagen, die Ueberfülle von Haß, welche das Cartel geübt hat. Jetzt ist der Tag der Ernte für die nationalliberale Partei gekommen. Fürst Bismarck hat einmal gesagt, er wünsche den Socialdemokraten drei Dutzend Mandate. Dieser Wunsch wird jetzt erfüllt sein. Zu vielen Wahlkreisen, daß sind wir gewiß, wird die freisinnige Wählerschaft in der Stichwahl für die Gegner des socialistischen Candidaten stimmen. Wo sie es nicht thut, haben es die Cartelparteien selber verschuldet.

Wir dagegen meinen, daß das „Morgenroth" des Richter-Windthorst'schen Zukunftsstaates sehr bald nach einer bekannten Bauernregel „in den ...." fallen wird, in jene unqualificirbare schmutzige Mischung, die Goethe mit poetischer Verklärung den „Sohn des Wassers und der Erde" nennt. Das ultramontan-fortschrittliche „Cartel", die dauernde Verbrüderung des schwarzen und rothen Demagogenthums ist einfach im deutschen Nationalstaate unmöglich.

Leipzig, 24. Februar.

* Es scheint, daß (wie schon kurz erwähnt) die Zweifel, welche hier und dort bezüglich des baldigen Zusammentritts der internationalen Arbeiterschutzconferenz in Berlin laut wurden, der Berechtigung entbehren. Es wird den officiösen „Berliner Politischen Nachrichten" bestätigt, daß alle Aussicht vorhanden sei, daß die Conferenz in der zweiten Hälfte des März bereits mit ihren Arbeiten beginnen könnte. Nach dem Stande der Verhandlungen, welche theils schon zu einem positiven Ergebniß geführt haben, theils ein solches in sichere Aussicht stellen, ist allerdings diese Annahme gerechtfertigt. So dürfte die energische Förderung der internen Seite der in Aussicht genommenen socialpolitischen Maßnahmen durch die Berathungen des Staatsrathes alsbald in der nicht minder prompten Inangriffnahme der internationalen Seite derselben ihre Ergänzung finden. Was den Kreis derjenigen Staaten anlangt, welche zur Theilnahme an der Conferenz eingeladen sind, so dürfte dabei in Betracht gekommen sein, daß es sich bei der geplanten Arbeiterschutzgesetzgebung wenigstens zunächst nur um die industriellen und Bergarbeiter handelt, wie denn ja auch die Berathungen des Staatsrathes sich vorläufig auf die land- und forstwirthschaftlichen Arbeiter nicht erstrecken sollen, andererseits daß nur solche Länder in Betracht kommen können, deren Productionsbedingungen und -Verhältnisse denen Deutschlands ähneln. Aus dem ersteren Grunde ist wohl von einer Betheiligung Rußlands abgesehen, dessen Ausfuhr nicht industrieller Natur ist, sondern sich wesentlich auf Erzeugnisse der Land- und Forstwirthschaft beschränkt; aus dem letzteren Grunde sind wohl die Vereinigten Staaten mit ihren von den unsrigen so verschiedenen wirthschaftlichen und socialen Verhältnissen nicht mit herangezogen. Dagegen sollen an den internationalen Verhandlungen theilnehmen: Oesterreich-Ungarn, Italien, Frankreich, Großbritannien, die Schweiz, Belgien, Holland und die skandinavischen Reiche, so daß alle Staaten, deren Industrien mit der unsrigen auf dem Weltmarkte unter wesentlich gleichen Productionsbedingungen concurriren, vertreten sein dürften.

* Dem Berichte über die Thätigkeit der Ansiedlungscommission für Posen und Westpreußen im Jahre 1889 ist noch Folgendes hinzuzufügen: Neben den schon früher errichteten Schulen zu Slonskowo im Kreise Rawitsch, zu Jarosczewo im Kreise Wongrowitz, zu Swiniarki, Komorowo und Lubowo im Kreise Gnesen, zu Bobrowo im Kreise Strasburg und zu Lowenicze im Kreise Jarotschin wurden provisorische öffentliche Schulen ins Leben gerufen, zu Imielinko und Runowo im Kreise Wongrowitz, zu Ustaszewo im Kreise Znin, zu Boguniewo im Kreise Obornik und zu Groß-Goreczki im Kreise Rawitsch. So sind die Schulverhältnisse der neuen Ansiedlungen durchweg dergestalt geordnet, daß die Ansiedlerkinder alsbald nach ihrem Eintreffen eines geregelten Unterrichtes theilhaftig werden. Wo die Errichtung eines Schulprovisoriums nicht eingeleitet worden ist, fanden die Ansiedler geregelte Verhältnisse vor, in welche ihre Kinder ohne Beeinträchtigung ihres nationalen Charakters wenigstens vorläufig unbedenklich aufgenommen werden konnten. Die Verhandlungen mit dem Consistorium zu Posen über die Bildung eines neuen evangelischen Kirchspiels mit dem Mittelpuncte Lubowo sind zum vorläufigen Abschluß gediehen; die für die Zwischenzeit erfolgte Anstellung eines Vicars hat sich nach allen Richtungen hin bewährt. Für die katholischen Ansiedler von Sokolniki im Kreise Gnesen befindet sich die Pfarrkirche am Orte. Auch in Kaczanowo, wo eine katholische Ansiedelung in der Entwickelung begriffen ist, befindet sich eine Capelle für den Gottesdienst. Da beabsichtigt ist, die unmittelbar mit Kaczanowo zusammenhängenden Güter Offowo und Zajezierze ebenfalls mit Katholiken zu besiedeln, wird hier eine größere geschlossene katholische und deutsche Gemeinde entstehen. Um den Ansiedlern für Mußestunden des Winters Gelegenheit zur Selbstbelehrung und Unterhaltung zu gewähren, sind auf 10 Ansiedelungsgütern Volksbibliotheken eingerichtet worden. Um den Obstbau zu heben, wurden an die Ansiedler 1417 Aepfelbäume, 1070 Birnbäume, 905 Kirschbäume, 1097 Pflaumenbäume und 165 Nußbäume abgegeben; das Obst eignet sich zu der Obstweinfabrikation vorzüglich. Die württembergischen Ansiedler in Ustaszewo haben bereits 1889 Obstgärten benachbarter Güter gepachtet und aus dem dort gewonnenen Obst guten Most bereitet. Im Ganzen sind jetzt 26 Güter besiedelt. In 16 dieser Ansiedlungen wurde im November 1889 eine Personen- und Berufsstandserhebung angeordnet; es ergab sich, daß neben 2441 Deutschen 415 Polen (meist Dienstboten) ansässig waren, 393 Personen bildeten das deutsche Gesinde. Auf den 524 überhaupt vergebenen Stellen mögen im Ganzen 4200 Seelen wohnen. Die stärkste Ansiedlung ist Bobrowo bei Strasburg mit 369 Köpfen (darunter nur 10 Polen); sodann folgen Swiniary-Swiniarki mit 318 Seelen (darunter 67 Polen), Lobowo-Lubowko mit 312 Seelen (darunter 29 Polen), Slonskowo bei Rawitsch mit 248 Seelen (darunter 45 Polen), Imielinko-Jarosczewo mit 237 Seelen (darunter 88 Polen), Dalnik-Paruschke bei Flatow mit 202 Seelen (alle deutsch), Sablogosch mit 149 Seelen (darunter 6 Polen), Wojciechowo mit 140 Seelen (darunter 31 Polen), Michaliga mit 147 Seelen (darunter 30 Polen) u. s. f. Fast überall stehen die deutschen Ansiedler in freundlichen Beziehungen zu ihren deutschen und polnischen Nachbarn bäuerlichen Standes. Um viele tüchtige Landwirthe aus dem dicht bevölkerten Westen Deutschlands nach Posen und Westpreußen zu ziehen, werden in Zukunft den Ansiedlern Beihilfen zu den Transportkosten gegeben werden.

* * *

* In wohl unterrichteten Konstantinopeler Kreisen ist das Gerücht verbreitet, daß der Sultan Murad, der Vorgänger des jetzigen Sultans, im Sterben liege; es scheint eine rasch fortschreitende Gehirnerweichung zu Tage getreten zu sein.

* Aus Brüssel, 20. Februar, wird der Münchner „Allgemeinen Zeitung" geschrieben:

Obwohl Belgien im Principe bereits die Beschickung der Berliner Arbeiterschutz-Conferenz zugesagt hat und die Initiative des Kaisers Wilhelm II. hier allgemeiner Zustimmung findet, so wird die Theilnahme Belgiens an der bevorstehenden internationalen Conferenz doch wahrscheinlich von einigen Bedingungen abhängig gemacht werden. Thatsächlich ist die große Mehrzahl der belgischen Industriellen überhaupt jeder staatlichen Einmischung in die Verhältnisse zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern abgeneigt, und die paar socialpolitischen Gesetze, welche kürzlich vom belgischen Parlamente beschlossen wurden, konnten nur mit größter Mühe durchgesetzt werden. Daß eine durchgreifende internationale Arbeitsordnung den belgischen Industriellen noch weniger behagen werde, ist daher einleuchtend. Soweit bis jetzt die festen Anschauungen unserer leitenden Kreise zu Tage treten, läßt sich die Haltung, welche Belgien auf der Berliner Arbeiterschutz-Conferenz einnehmen wird, in der folgenden Weise vorhersagen. In zwei Fragen kann Deutschland unbedingt auf die Unterstützung Belgiens rechnen: in der Frage der Regelung der Kinderarbeit und der Einführung der Sonntagsruhe. Die Kinderarbeit ist in Belgien bereits durch ein Gesetz geregelt worden, und wenn die internationale Arbeiterschutz-Conferenz in der Beschränkung der Kinderarbeit nicht weiter geht, als das belgische Gesetz, so wird die Brüsseler Regierung die betreffende Bestimmung natürlich ratificiren. Bezüglich der Sonntagsruhe gedenkt Belgien den formellen Antrag auf Einführung der allgemeinen und obligatorischen Sonntagsruhe in allen auf der Arbeiterschutz-Conferenz vertretenen Ländern zu stellen. Dagegen wird sich Belgien mit aller Entschiedenheit jeder Arbeitsregelung für Erwachsene, der Einführung irgend welcher Minimallöhne und eines Maximalarbeitstages widersetzen. Das belgische Parlament hat bereits einen Antrag auf die Arbeitsregelung für Erwachsene abgelehnt und wird einer etwaigen internationalen Vereinbarung in dieser Hinsicht jedenfalls die Ratification verweigern. Was aber den Minimallohn oder Maximalarbeitstag betrifft, so wollen sich die belgischen Industriellen darauf unter keinen Umständen einlassen und halten Vereinbarungen in diesen Puncten schon mit Rücksicht auf die Verschiedenheit der Lebensverhältnisse in den einzelnen Ländern für undurchführbar. Im Allgemeinen darf man sagen, daß Belgien auf der Berliner Arbeiterschutz-Conferenz sich jeder Beschränkung der Freiheit der Arbeitgeber und Arbeitnehmer widersetzen und hierbei Unterstützung auf Seite Englands und Frankreichs finden wird. Der Ministerrath, welcher sich in den nächsten Tagen unter Vorsitz des Königs Leopold II. versammelt, wird infolge dessen in der Antwort auf die deutsche Einladung die erwähnten Reserven betonen. Die in der Presse zum Ausdruck gelangende öffentliche Meinung sieht den Berathungen der internationalen Arbeiterschutz-Conferenz übrigens mit großem Pessimismus entgegen und glaubt nicht, daß darauf etwas anderes hervorgehen könne als die Einsicht, daß eine einheitliche internationale Regelung der Arbeitsverhältnisse heute noch unmöglich ist.

* Die Nachrichten aus Frankreich geben dem unparteiischen Beobachter mancherlei zu denken. Bei der nahezu unumschränkten Machtvollkommenheit, mit der die Regierenden in diesem demokratisch organisirten Freiheits- und Gleichheitsstaate schalten, hätte sich von ihnen eigentlich ein stärkeres Selbst- und Sicherheitsgefühl erwarten lassen sollen, als es aus Anlaß der Affaire des jüngeren Orleans zu Tage getreten ist. Aber freilich gehört zum selbstbewußten sicheren Auftreten einer Regierung denn doch noch etwas mehr als bloß äußerliche Loyalität. Ihr Cabinet, welches im Wesentlichen nichts ist, als der gehorsame Willensvollstrecker einer auf der schwankenden, veränderlichen Grundlage unberechenbarer parlamentarischer Gruppirung beruhenden Kammermehrheit, ein Präsident, der auf das Aengstlichste auch selbst den Schein eigener Initiative und Unabhängigkeit seines Entschlusses vermeiden muß — dazu die zahllosen Rücksichtsnahmen, die jeder Platzinhaber an der gewaltigen Cultusmaschine, administrativen ꝛc. Tafelrunde gegen gute Freunde, getreue Nachbarn, mitunter auch gegen in Güte zu entwaffnende Widersacher und neidische Concurrenten zu nehmen gezwungen ist: alle diese Momente wirken zusammen als ebensoviele Hemmschuhe jeder im großen Stile gedachten, wahrhaft volksthümlichen Reformpolitik, nach welcher letzteren den weitesten Schichten der erwerbsthätigen französischen Bevölkerung man schon seit 20 Jahren der Mund wässert, welche ihnen bis jetzt noch von jeder Regierung verheißen, aber von keiner erfüllt worden ist. Auch die Hoffnungen, welche man auf die Einführung frischen Blutes in die Deputiertenkammer bei den allgemeinen Wahlen des verflossenen Septembermonats gesetzt, scheinen sich, wenn überhaupt, nur in dem allerbescheidensten Maße verwirklichen zu sollen. Bis jetzt hat die Kammer den weitaus größten Theil ihrer Arbeitszeit damit vertrödelt, daß sie die wenig saubere Wäsche der Wahlprüfungen vornahm. Welchen Eindruck ihr Verfahren, die der Mehrheit unbequemen Wahlen consequent für ungiltig zu erklären, theilweise im Lande, namentlich aber in der Hauptstadt gemacht hat, zeigt der bei den Nachwahlen erneuerte Triumph der boulangistischen Candidaten. Wenn die Bezeichnung „boulangistisch" noch immer im Schwange steht, trotzdem der brav' général selbst seine politische Rolle so gut wie ausgespielt hat, so liegt darin kein Widerspruch. Boulangistisch und malcontent sind heute jenseits der Vogesen gleichbedeutend geworden, und man kann es nur ein unredliches Spiel mit Worten nennen, wenn Blätter wie „La République française" sich aufs hohe Pferd setzen und von diesem herab den Pariser Wählern die Leviten lesen. Denn Niemand weiß es besser, als gerade die Personen und Preßorgane der Mehrheitsparteien, daß „boulangistisch" wählen keineswegs mehr ein unbedingtes Eintreten für Boulanger, wohl aber unter allen Umständen ein unbedingtes Eintreten gegen das jetzige Regime besagen will. Daß in den Departements die Republikaner bessere Wahlgeschäfte machen, liegt weniger an der etwa dort herrschenden größeren Zufriedenheit der Wähler, wie vielmehr an dem gewaltigen Druck seitens